

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,

die Finanzierung der Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis beschäftigt uns seit mehreren Jahren. Sowohl das im laufenden Betrieb entstehende Defizit als auch die Finanzierung von Investitionen in den Bestand aber vor allem auch in einen geplanten Neubau erfordert immer größere finanzielle Ressourcen des Landkreises und damit auch der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Aktuell wird auf Bundesebene das sog. GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz diskutiert. Aus kommunaler Perspektive ist die Veränderung bezüglich der Krankenhauslandschaft von besonderer Bedeutung. Wenngleich grundsätzliche Reformen in unserem gesellschaftlichen Miteinander als unumgänglich erscheinen, beobachtet die Fraktion der Freien Wähler diese Auswirkungen auf unser kommunale Gesundheitsversorgung mit großer Sorge.

Um die Auswirkungen und Konsequenzen besser einschätzen zu können und um Transparenz zu schaffen, stellen die Freien Wähler daher den Antrag, dass die Verwaltung über die prognostizierten finanziellen Auswirkungen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes auf den GLKN und die daraus resultierenden weiteren Belastungen des Kreises und der Kommunen in der nächsten VFA-Sitzung berichtet. Insbesondere die mittelfristige Planung und die 10-Jahresplanung sind insoweit durch die Kumulation eines erhöhten Zuschussbedarfs des GLKN mit den für den Neubau geplanten Investitionen von den veränderten Rahmenbedingungen betroffen.

Für den Fall, dass das Gesetzesvorhaben zum Zeitpunkt der nächsten Sitzung noch nicht beendet sein sollte, bittet die Fraktion über die zu erwartenden Auswirkungen zu berichten.

Antrag:

Die Fraktion der Freien Wähler beantragt im Rahmen der nächsten VFA-Sitzung über die Auswirkungen des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes entsprechend zu informieren.



Dr. Thomas Auer

Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler